



## **Geschäftsführung Ausschuss für Anregungen und Beschwerden**

Frau Dederichs

Telefon: (0221) 221-26144

Fax: (0221)

E-Mail: [Andrea.Dederichs@stadt-koeln.de](mailto:Andrea.Dederichs@stadt-koeln.de)

Datum: 25.03.2019

### **Niederschrift**

über die **32. Sitzung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden** in der Wahlperiode 2014/2020 am Dienstag, dem 19.03.2019, 17:00 Uhr bis 18:55 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theodor-Heuss-Saal, Raum-Nr. A 119

### **Anwesend waren:**

#### **Stimmberechtigte Mitglieder**

Herr Horst Thelen	GRÜNE
Herr Frank Schneider	SPD
Frau Hamide Akbayir	DIE LINKE
Frau Polina Frebel	SPD
Frau Erika Oedingen	SPD
Frau Dagmar Paffen	auf Vorschlag der SPD
Herr Martin Erkelenz	CDU
Frau Alexandra Gräfin von Wengersky	CDU
Frau Martina Kanis	auf Vorschlag der CDU-Fraktion
Herr Stephan Pohl	CDU
Herr Frank Hauser	GRÜNE
Frau Prof. Dr. Birgitt Killersreiter	GRÜNE
Frau Renate Domke	auf Vorschlag der FDP

#### **Mitglieder mit beratender Stimme**

Herr Eugen Litvinov	Integrationsrat
---------------------	-----------------

#### **Beratende Mitglieder**

Herr Heiko Nigmann	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Herr Ulf Florian	SPD
Herr Joachim Geyszel	auf Vorschlag der CDU
Herr Jürgen Schuiszill	CDU
Herr Stefan Fischer	GRÜNE
Herr Dieter Schöffmann	auf Vorschlag der Grünen

Herr Peter Heumann auf Vorschlag Die Linke.  
Herr Robert Wande auf Vorschlag der FDP

## **Presse**

## **Zuschauer**

## **Entschuldigt fehlen:**

## **Stimmberechtigte Mitglieder**

Herr Lino Hammer GRÜNE

## **Beratende Mitglieder**

Frau Liane Bchir AFD  
Frau Judith Wolter  
Frau Gülgün Durdu DEIN KÖLN

## **Stellvertretende beratende Mitglieder**

Frau Hedwig Drießen Seniorenvertretung der Stadt Köln

## **Beratende Mitglieder**

Frau Helga Schlapka auf Vorschlag der SPD  
Herr Heinz Klein auf Vorschlag der CDU  
Herr Stephan Horn GRÜNE

## **Tagesordnung**

### **I. Öffentlicher Teil**

Verpflichtung von Herrn Hauser

#### **1 Mitteilungen**

- 1.1 Handlungskonzept zur Kölner Behindertenpolitik, 2. Folgebericht;  
Controlling der Umsetzung der Einzelmaßnahmen  
0340/2019

## **2 Anfragen**

2.1 Mündliche Anfragen

2.2 Schriftliche Anfragen

## **3 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**

3.1 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Einführung zweier autofreier Sonntage (Az.: 02-1600-150/18)  
0316/2019

3.2 Bürgereingabe nach § 24 GO, Schaffung eines "Hauses der Geschichte", Az:02-1600-169/18  
3525/2018

3.3 Unterbringung Geflüchteter in Eckdorfer und Pingsdorfer Straße (Eingabe Nr. 196/18)  
3756/2018

3.4 Eingaben nach § 24 GO - Stadttaubenproblematik - Az.: 17/19 und 176/18  
0811/2019

## **II. Nichtöffentlicher Teil**

## **4 Mitteilungen**

## **5 Anfragen**

5.1 Mündliche Anfragen

5.2 Schriftliche Anfragen

## **6 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**

## **I. Öffentlicher Teil**

### **Verpflichtung von Herrn Hauser**

Herr Thelen, Ausschussvorsitzender, verpflichtet Herrn Hauser, Grüne, seine Aufgabe als Ausschussmitglied nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen und die Gesetze zu beachten und seine Pflichten zum Wohle der Stadt Köln zu erfüllen.

## **1 Mitteilungen**

### **1.1 Handlungskonzept zur Kölner Behindertenpolitik, 2. Folgebericht; Controlling der Umsetzung der Einzelmaßnahmen 0340/2019**

Zur Kenntnis genommen

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig

## **2 Anfragen**

### **2.1 Mündliche Anfragen**

### **2.2 Schriftliche Anfragen**

## **3 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**

### **3.1 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Einführung zweier autofreier Sonntage (Az.: 02-1600-150/18) 0316/2019**

Der Petent erläutert seine Eingabe, die keine neue Idee beinhaltet, sondern in Städten wie Paris und Brüssel bereits umgesetzt werde. Die Anregung gehe weit über die von der Verwaltung vorgeschlagenen Maßnahmen hinaus. Beispielsweise solle geprüft werden, ob der Bereich innerhalb der Ringe an ein oder zwei Tagen im Jahr autofrei sein könne. Dies müsse nicht mit einem besonderen Event verbunden sein, wie z.B. „Bunt im Block“ oder der Mitmachaktion „Tag des guten Lebens“. Es gehe darum, seine Stadt ohne Autos wahrzunehmen, wie dies sonst nicht möglich sei. Zusätzlich werde mit dieser Maßnahme auch die Aktion der Jugend „Friday for Future“ unterstützt.

Herr Rothe, Amt für Straßen und Verkehrsentwicklung, weist darauf hin, dass die Verwaltung im III. Quartal 2019 in den politischen Gremien ein Grobkonzept vorstellen möchte, welches auch die Initiativen in Brüssel und Paris berücksichtige.

Die Frage von Herrn Schneider, SPD, ob die Eingabe vom Petenten dahingehend geändert wurde, dass beispielsweise die autofreien Tage innerhalb der Ringe und nicht für die ganze Stadt angeregt werden, wird vom Petenten bejaht.

Herr Fischer, Grüne, begrüßt die Eingabe des Petenten und auch die Bemühungen der Verwaltung Konzepte zu erstellen, um den motorisierten Individualverkehr zu reduzieren, und stellt folgenden Änderungsantrag:

„Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden dankt dem Petenten für seine Eingabe. Er begrüßt die Maßnahmen der Verwaltung zur weiteren Reduzierung des MIV und bittet sie, diese unter Einbeziehung des Vorschlags des Petenten fortzuführen.“

Herr Schneider, SPD, bittet die Realität nicht aus dem Auge zu verlieren, da die Stadt wahrscheinlich auf Jahrzehnte - schon alleine aufgrund der fehlenden Infrastruktur - nicht in der Lage sei, stadtweite autofreie Tage durchzuführen. Auch an diesen Tagen müsse gewährleistet werden, dass beispielsweise alle zur Arbeit kommen.

Herr Pohl, CDU, stimmt diesem Änderungsantrag zu. So negativ, wie der Beschlussvorschlag die Eingabe ablehne, seien die Bemühungen der Verwaltung, die Ideen der Eingabe zu berücksichtigen, nicht.

Frau Domke, FDP, stimmt den Ausführungen von Herrn Schneider zu. Sie stellt in den Raum, warum es nicht ein Projekt gebe, bei dem die Bürger auf freiwilliger Basis an bestimmten Tagen auf ihr Auto verzichten.

Herr Heumann, Die Linke, spricht sich für den vorliegenden Änderungsantrag aus. Es sei nicht verständlich, warum die Eingabe abgelehnt werde, da die Verwaltung doch darauf eingehe.

Herr Rothe, Amt für Straßen und Verkehrsentwicklung, führt aus, dass die angeregten 2 stadtweiten autofreien Sonntage abgelehnt werden, weil das Konzept der Verwaltung weitergehend sei. Durch eine detaillierte Festlegung eines Gebietes wecke man eventuell Hoffnungen, die am Ende nicht erfüllt werden können.

Herr Thelen, Ausschussvorsitzender, fasst zusammen, dass der Petent seine Eingabe dahingehend geändert habe, dass nicht mehr stadtweite autofreie Tage, sondern autofreie Tage in der Innenstadt durchgeführt werden sollen. Daher wird der Änderungsantrag von Herrn Fischer, um den Zusatz „zwei autofreie Tage in der Innenstadt“ ergänzt.

#### **geänderter Beschluss:**

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden dankt dem Petenten für seine Eingabe,

Er begrüßt die Maßnahmen der Verwaltung zur weiteren Reduzierung des MIV und bittet sie, diese unter Einbeziehung des Vorschlags des Petenten (zwei autofreie Tage in der Innenstadt) fortzuführen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt

### **3.2 Bürgereingabe nach § 24 GO, Schaffung eines "Hauses der Geschichte", Az:02-1600-169/18 3525/2018**

Der Petent stellt seine Eingabe vor und verweist auf die ergänzende Mail vom 13.03.2019. Er erläutert, dass das in der Verwaltungsvorlage dargestellte Bild so nicht ganz der Realität entspreche, da die städtischen Museen und Archive niemals in der Lage sein würden, alle Fachrichtungen zu betreuen oder zu archivieren. Die Eingabe

möchte er dahingehend ändern, dass nicht ein konkretes Haus der Stadtgeschichte, sondern beispielsweise als Projekt ein Runder Tisch einberufen werden solle, der regelmäßig einen Austausch zwischen ehrenamtlichen Historikern und Sammlern und der Verwaltung ermögliche. Vierzig Historiker und Sammler haben aufgrund der Eingabe die IG Stadtgeschichte gegründet, inzwischen gebe es 140 Interessierte. Mit einem solchen Interesse, auch von der Jugend, habe man nicht gerechnet. Die IG Stadtgeschichte suche eine Plattform für Ausstellungen, Fachvorträge, Bibliothek, Nachlassbörse, einen Treffpunkt für Historiker und Sammler, ein Lager für kleinere Waren. Man sehe das Ganze als Anziehungspunkt für Größeres. Er arbeite mit vielen städtischen Museen und dem historischen Archiv sehr gut zusammen. Es soll eine Projektgruppe ins Leben gerufen werden mit dem Ziel, über ein Projekt Haus der Stadtgeschichte nachzudenken. Es würden Sponsoren und Stiftungen gesucht.

Herr Dr. Plassmann, Historisches Archiv, berichtet, dass die städtischen Dienststellen seit jeher intensiv mit den Historikern zusammenarbeiten. Seit dem 19. Jahrhundert übernehmen die Gedächtnisinstitutionen wertvolle Sammlungen aus privater Hand, die dort nicht mehr weitergeführt werden können. Die Ablehnung zum ursprünglichen Antrag resultiere daraus, dass eine städtische Institution geschaffen werden sollte, die dann gegebenenfalls in Konkurrenz zu vorhandenen Institutionen gestanden hätte. Durch die Änderung der Eingabe sei eine völlig neue Situation entstanden. Die städtischen Institutionen wissen sehr wohl, dass sie nicht alles, was kulturell und historisch wichtig sei, in eigener Regie sichern können. In Köln gebe es eine reichhaltige Szene von privaten Initiativen, Vereinen und sonstigen Einrichtungen, die, wo es möglich sei, unterstützt würden. Man wolle nicht in Konkurrenz zu den privaten Sammlern treten. Es sei daher der geeignete Weg miteinander zu überlegen, was man für die Kölner Stadtgeschichte tun könne.

Herr Schneider, SPD, berichtet, dass man überlegt habe, ob es auf einem etwas niedrigeren Niveau - auch im Interesse der Stadt - die Möglichkeit gebe, den Veedelshistorikern und Sammlern zu helfen. Es müsste für die Verwaltung möglich sein, in gewissen Intervallen einen Runden Tisch zu etablieren, um das Wissen auszutauschen. Er denkt, dass das haushalterisch keine riesigen Kosten verursache, es organisatorisch regelbar sei und es im stadtweiten Kontext eine Zukunftsidee sein könnte, um Dinge, die alle nicht verlieren wollen, auch nicht verlieren zu müssen.

Frau Prof. Killersreiter, Grüne, weist darauf hin, dass in der Ergänzung des Antrages der Fokus auf ein Haus, gerade in dem noch nicht fertig geplanten Deutzer Hafen, liege. Dadurch sei man zunächst zurückgeschreckt, da es in Köln bereits so viele ungebraute Museen gebe. Eigentlich müsse die Kulturverwaltung alle Sammlungen, die es in der Stadt gebe, aufführen und von der Menge her erfassen, Hobbyhistoriker müssten mit der Verwaltung ein pädagogisches Konzept erarbeiten und mit Hilfe der Stadt Drittmittel akquirieren. Insofern schlägt sie vor, dass sich die Kulturverwaltung des Themas annehme und zunächst eine Erfassung vornehme und mit einem Lösungsvorschlag dem Kulturausschuss vorlege.

Herr Erkelenz, CDU, hat viel Sympathie für diesen Antrag. Es gehe zum einen um den Austausch unter den Historikern und zum anderen darum die Veedelsgeschichte und Stadtgeschichte besser zu dokumentieren. Der Kulturausschuss müsse auch bezüglich der finanziellen Mittel eingebunden werden. Es sollen Gespräche mit Mitgliedern des Kulturausschusses, der IG Stadtgeschichte und der Verwaltung stattfinden.

Frau Domke, FDP, bedankt sich für das ehrenamtliche Engagement und weist auf dessen besondere Bedeutung für die Stadt hin. Durch die Erläuterungen des Petenten und der Verwaltung sei klar geworden, dass sich eine gute Zusammenarbeit zwischen

Verwaltung und Petent abzeichne, die man weiter fördern solle. Sie weist auch auf die Möglichkeiten der Digitalisierung hin.

Herr Heumann, Die Linke, unterstützt die Bemühungen der IG Stadtgeschichte. Wichtige historische Schätze dürften nicht verloren gehen. Daher begrüße man es, wenn entsprechende Gespräche geführt werden. Er bedankt sich bei dem Petenten und den Historikern für deren Arbeit.

Herr Thelen, Ausschussvorsitzender fasst zusammen, dass die Eingabe auch in den Kulturausschuss verwiesen werde und Gespräche oder ein runder Tisch etabliert werden sollen.

Herr Erkelenz, CDU, fasst die Änderungswünsche, nach dem Hinweis von Herrn Schneider, SPD, dass es auch um einen Austausch in Gesprächen gehe und nicht nur eine reine Dokumentation, und Frau Prof. Killersreiter, Grüne, dass es nicht nur um die Veedelsgeschichte gehe, sondern auch sonstige Sammlungen, wie folgt zusammen:

„Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden dankt den Petenten für die Eingabe, verweist das Anliegen in den Kulturausschuss und bittet die Verwaltung, unter Beteiligung von Vertretern der Petenten und des Kulturausschusses Gespräche mit der Zielsetzung einer verbesserten Dokumentation der Kölner Stadtteilgeschichte und weitere geschichtlicher Sammlungen zu führen“.

Der Petent ist erfreut, dass die Eingabe an den Kulturausschuss verwiesen werden soll. Allerdings sei eine Dokumentation zu wenig, es gehe auch um einen wissenschaftlichen Austausch. Er bittet zu ergänzen, dass der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden das Anliegen begrüßt.

Herr Thelen, Ausschussvorsitzender lässt über folgenden Änderungsantrag abstimmen:

„Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden dankt den Petenten für die Eingabe. Er begrüßt das Anliegen und verweist es in den Kulturausschuss. Er bittet die Verwaltung, unter Beteiligung von Vertretern der Petenten und des Kulturausschusses Gespräche mit der Zielsetzung eines wissenschaftlichen Austauschs, einer verbesserten Dokumentation der Kölner Stadtteilgeschichte und weiterer geschichtlicher Sammlungen zu führen.“

#### **geänderter Beschluss:**

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden dankt den Petenten für die Eingabe. Er begrüßt das Anliegen und verweist es in den Kulturausschuss. Er bittet die Verwaltung, unter Beteiligung von Vertretern der Petenten und des Kulturausschusses Gespräche mit der Zielsetzung eines wissenschaftlichen Austauschs, einer verbesserten Dokumentation der Kölner Stadtteilgeschichte und weiterer geschichtlicher Sammlungen zu führen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

### **3.3 Unterbringung Geflüchteter in Eckdorfer und Pingsdorfer Straße (Eingabe Nr. 196/18) 3756/2018**

Einer der Petenten stellt die Eingabe der Initiative Volksparksiedlung vor, die sich seit über 30 Jahren intensiv für die Integration von Geflüchteten in der Siedlung engagiere. Auf Vorschlag der Initiative sollen dort alleinstehende geflüchtete Frauen und kleine Familien mit Kindern untergebracht werden, da diese in das Umfeld passen würden. Das würde dem vom Rat in 2004 beschlossenen Konzept zur Unterbringung von besonders schützenswerten Geflüchteten entsprechen. Außerdem bestehe, wie die Diakonie dies bestätigt habe, gerade in dem Bereich großer Bedarf. Dieser Vorschlag sei von der Verwaltung abgelehnt worden. Die Stadt Köln habe die Häuser zum Marktwert gekauft und halte sich für die Belegung alle Optionen offen. Er finde es befremdlich, dass in den beiden Häusern Geflüchtete ohne Bleiberecht untergebracht werden sollen. Begründet sei die Angst der Anwohner dadurch, dass in der Hitzeler Straße, wo bisher eine Integration der Familien geglückt sei, in den letzten Jahren das Konzept geändert wurde. Seitdem ständig wechselnde Personen ohne Bleiberecht untergebracht würden, sei an Integration nicht mehr zu denken. Das Haus in der Hitzeler Straße sei nun unbewohnbar. Es habe zahlreiche Polizeieinsätze gegeben und die Umgebung sei komplett vermüllt. Gefordert werde eine langfristig planbare Strategie, um die Arbeit der Initiative Volksparksiedlung fortzuführen. Auch wenn eine Bürgerbeteiligung nicht vorgesehen sei, so sei diese dennoch möglich. In der BV Rodenkirchen wurde gesagt, dass die Stadt Köln nur jeweils drei der vier Wohnungen pro Haus gekauft habe, die zwei Wohnungen mit Bestandsmietern jedoch nicht.

Herr Ludwig, Amt für Wohnungswesen, stellt klar, dass beide Bestandsobjekte in Gänze gekauft wurden, und garantiert die bestehenden langfristigen Mietverhältnisse. Das Amt für Wohnungswesen könne das Anliegen nicht unterstützen, da ca. 8.500 Geflüchtete aus den unterschiedlichsten Personenkreisen in städtischen Unterkünften untergebracht werden müssen. Zuletzt waren in der Hitzeler Straße große Romafamilien untergebracht. In der Eckdorfer und Pingsdorfer Straße gebe es kleine Wohneinheiten, sodass voraussichtlich kleine Familien oder Alleinerziehende mit kleinen Kindern untergebracht würden. Die Wohnungen werden keinesfalls überbelegt, da es selbstverständlich auch das Ziel sei, eine Integration in den Stadtteil sicherzustellen. Der Belegungsplan werde durch das Amt für Wohnungswesen eigenständig erstellt. Es handle sich um eine hoheitliche Aufgabe durch eine Ordnungsbehörde, daher sei es nicht erlaubt Dritten bei der Belegung ein Mitbestimmungsrecht zuzusprechen.

Herr Pohl, CDU, bedankt sich bei Herrn Ludwig. Er könne die Petenten verstehen, jedoch müsse man die Unterbringung angesichts der 8.500 Geflüchteten der Verwaltung überlassen, die diese Herausforderung in der Vergangenheit sehr gut gemeistert habe. Er geht davon aus, dass sich die Situation am Ende als weniger problematisch herausstellt als jetzt befürchtet. Er bittet die Petenten, der Verwaltung mehr Vertrauen entgegenzubringen und spricht sich für die Verwaltungsvorlage aus.

Herr Schneider, SPD, dankt der Verwaltung für die gute Arbeit, die sie in diesem Bereich leistet und stimmt den Ausführungen der CDU zu.

Frau Prof. Killersreiter, Grüne, ist beeindruckt von der Arbeit des Amtes für Wohnungswesen unter der Leitung von Herrn Ludwig, gerade auch bei dem angespannten Wohnungsmarkt. Man habe vollstes Vertrauen, dass die Verteilung - wie bisher auch - so vorgenommen werde, dass sich die Menschen gut sozialisieren und zusammen leben können. Sie sei erstaunt über den Wunsch, dass sich Menschen, die in einer Siedlung wohnen, Menschen aussuchen möchten, die zuziehen dürfen.

Frau Akbayir, Die Linke, bedankt sich für die Eingabe und den Einsatz der Initiative für einen Teil der Geflüchteten. Die Verwaltung bemühe sich um eine gute Unterbringung der Geflüchteten. Sie stimmt der Verwaltungsvorlage zu.

Frau Domke, FDP, stimmt den Ausführungen von CDU, SPD und Grünen zu. Die Unterbringung der Geflüchteten sei eine hoheitliche Aufgabe und man wolle und könne sich nicht davon befreien.

Herr Litvinov, Integrationsrat, kennt die Bemühungen des Wohnungsamtes und ist froh, dass noch eine Möglichkeit der Unterbringung bestehe. Er bittet, den Beschluss dem Integrationsrat zur Kenntnis zu geben.

Herr Thelen, Ausschussvorsitzender, weist die Petenten darauf hin, wie sensibel die Verwaltung auf ihr Anliegen eingehe und hofft, dass sie ihr ehrenamtliches Engagement für Integration weiter fortsetzen.

Herr Ludwig, Amt für Wohnungswesen, weist nach Beschlussfassung darauf hin, dass eine sozialarbeiterische Betreuung der in der Eckdorfer und Pingsdorfer Straße untergebrachten Flüchtlinge beabsichtigt sei und bietet der Initiative an, dass diese Betreuungsperson Ansprechpartner bei eventuell auftretenden Problemen sei. Man sei an einer konstruktiven Zusammenarbeit interessiert.

### **Beschluss:**

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden dankt den Petenten für ihre Eingabe.

Die Festlegung der Belegung der Unterbringungsstandorte Eckdorfer Straße 9 und Pingsdorfer Straße 10 in Raderthal obliegt als ordnungsbehördliche Aufgabe der Oberbürgermeisterin als Ordnungsbehörde, vertreten durch das Amt für Wohnungswesen. Eine Bürgerbeteiligung an der hoheitlichen Belegungsentscheidung ist gesetzlich nicht vorgesehen und muss sich daher auf Anregungen beschränken.

Die Beschlussvorschläge werden daher abgewiesen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig

### **3.4 Eingaben nach § 24 GO - Stadtaubenproblematik - Az.: 17/19 und 176/18 0811/2019**

Eine Petentin stellt die Eingaben vor. Das Leid, das mit den Tauben einhergehe, sei grauenvoll, daher habe man den Vorschlag gemacht, nach Augsburger Modell betreute Taubenschläge mit Brutkästen aufzustellen, um die Eier- wenn notwendig - auszutauschen und die Population klein und gesund zu halten. Es sollten Futterautomaten aufgestellt werden, um so die Tauben an Hotspots zu binden. Derzeit gebe es ein Feindbild, bei dem auf der einen Seite bereits kleine Kinder nach Tauben treten und auf der anderen Seite alte Menschen verstohlen ein paar Brotkrümel für die Tauben fallen lassen. Man könne engagierte Menschen mit ins Boot nehmen, um eine Verbesserung für alle zu erreichen. Sie weist auf das Friedenssymbol Taube hin.

Frau Fischer, Umwelt- und Verbraucherschutzamt, bestätigt, dass die Tauben zu Unrecht einen sehr schlechten Ruf haben. Auf der anderen Seite machen sie auch Dreck und seien lästig. Es gebe in der Verwaltung Planungen, wie beim Augsburger Modell betreute Taubenschläge zu errichten, wodurch die Tauben an die Standorte gebunden

würden. Kranke und verletzte Tiere würden an der Vermehrung gehindert. Dies geschehe nicht nur aus Umweltaspekten, sondern auch aus Aspekten des Tierschutzes. Die Planung nehme so viel Zeit in Anspruch, da es viele Beteiligte gebe. Dann müsse der Standort auch zuerst von den Tauben angenommen werden, sodass keine sofortige Änderung erreicht werden könne.

Auf Nachfrage von Herrn Heumann, Die Linke, stellt Herr Neweling, Umwelt- und Verbraucherschutzamt, klar, dass auf die Erfahrungen anderer Städte (Augsburger Modell) zurückgegriffen und auch der Verein Kölner Stadttauben in die Planung einbezogen werde. Es gebe bereits Überlegungen zu weiteren Standorten. Die Beschaffung des ersten Gartenhauses für die Tauben stehe kurz bevor. Das Ziel sei, dies bis zu den Sommerferien umzusetzen. Frau Fischer, Umwelt- und Verbraucherschutzamt, ergänzt, dass die Akzeptanz des Taubenhauses von der Betreuung abhängt und damit auch von dem finanziellen Hintergrund.

Die Petentin weist auf die in der Eingabe gemachten Vorschläge zur Finanzierung hin.

Herr Schneider, SPD, erklärt, dass Köln ein Taubenproblem habe. Die Verwaltung gehe den richtigen Weg, es werde nur die Geschwindigkeit in Frage gestellt. Die Kosten müssten evaluiert werden, damit das Projekt stetig fortgeführt werden könne, der Ausschuss Umweltschutz und Grün sowie der Gesundheitsausschuss müssten beteiligt werden und der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden erwarte ein Feedback zum Projektablauf.

Herr Pohl, CDU, weist darauf hin, dass eher von einer Taubenplage gesprochen werden müsse. Vor Jahren habe es hierzu bereits eine Ratsvorlage mit vielen Alternativen gegeben. Er stimmt der Verwaltungsvorlage und damit dem Pilotprojekt zu.

Frau Prof. Killersreiter, Grüne, beschäftigt sich seit 2008 mit der Taubenplage. Die BV Innenstadt habe 2011 einen entsprechenden Beschluss zum Taubenhaus am Hansaring gefasst. Sie sei erstaunt über die Bearbeitungszeit von fast zehn Jahren für einen Taubenverschlag. Einer Vergrämung bedürfe es so lange, bis das Problem gelöst sei. Sie weist darauf hin, dass gerade an den Futterstellen der Dreck am größten sei. Sie berichtet, dass in dem denkmalgeschützten Bensberger Rathaus im Turmzimmer vor zwei Jahren innerhalb von 4 Wochen ein Taubenschlag eingerichtet wurde. Sie plädiert dafür, dass die guten Konzepte, die Köln bereits habe, endlich zeitnah umgesetzt werden.

Herr Heumann, Die Linke, stimmt der Verwaltungsvorlage zu.

Herr Thelen weist auf den Ergänzungsvorschlag hin, dass die Verwaltung gebeten werde, Kosten zu ermitteln, den Ausschuss Umweltschutz und Grün sowie den Gesundheitsausschuss zu beteiligen und dem Ausschuss Anregungen und Beschwerden ein Feedback zu geben.

### **ergänzter Beschluss:**

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden dankt den Petentinnen und dem Petenten für die Eingaben und empfiehlt der Verwaltung, das Projekt „Betreuter Taubenschlag“ am Hansaring zu realisieren und bei einer erfolgreichen Auswertung weitere Standorte für „Betreute Taubenschläge“ zu prüfen. Die Verwaltung wird gebeten die Kosten zu ermitteln, den Ausschuss Umweltschutz und Grün sowie den Gesundheitsausschuss zu beteiligen und dem Ausschuss Anregungen und Beschwerden ein Feedback zu geben

### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

## **II. Nichtöffentlicher Teil**

**4      Mitteilungen**

**5      Anfragen**

**5.1    Mündliche Anfragen**

**5.2    Schriftliche Anfragen**

**6      Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des  
Landes Nordrhein-Westfalen**

Thelen  
Vorsitzender

Dederichs  
Schriftführerin